

Liestal, 9. Juni 2020/BKSD

Stellungnahme

Vorstoss	Nr. 2020/258
Postulat	von Jan Kirchmayer
Titel:	«On demand» temporäre Erhöhung der Lektionen der beruflichen Orientierung
Antrag	Vorstoss ablehnen

1. Begründung

Der Regierungsrat sieht Laufbahnorientierung als Prinzip, welches während der gesamten Schulzeit, vom Kindergarten bis zum Abschluss der Sekundarstufe II, im Fokus steht. Eine fundierte Vorbereitung ist für ein erfolgreiches Bestehen in der Berufswelt entscheidend.

Die Berufliche Orientierung gehört zu den Kernaufgaben der Sekundarschule. Nach den Vorgaben, die im entsprechenden Modul des Lehrplan Volksschulen Basel-Landschaft vorgegeben sind, wird dieser Auftrag in jedem der drei Schuljahre fächerübergreifend umgesetzt.

Das Fach Berufliche Orientierung findet in der 2. Klasse der Sekundarschule statt und ist mit einer Wochenlektion dotiert. Die Jugendlichen bereiten sich auf den Übergang in eine nachobligatorische Ausbildung vor und erarbeiten die Voraussetzungen für die Wahl ihres zukünftigen Bildungs- und Berufszieles.

Der Unterricht an den Volksschulen des Kantons Basel-Landschaft fand vom 16.03.bis 03.04. 2020 und vom 20.04. bis zum 08.05.2020 in Form von Fernunterricht statt.

Aufgrund des Fernunterrichts konnte die «Berufliche Orientierung» (BO) in der zweiten Klasse der Sekundarschule während sechs Wochen, das heisst während sechs Lektionen nicht in der üblichen Form stattfinden.

Um allfällige dabei entstandene mangelnde Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler in der Berufswahl und die entstandenen Lücken zu schliessen, können die Schulleitungen, unbürokratisch über das ergänzende Angebot im Rahmen des Lektionendeputats der Schule Zusatzlektionen sprechen.

Sollte das ergänzenden Angebot nicht ausreichen, können die Sekundarschulleitungen beim Amt für Volksschulen einen Antrag auf Zusatzlektionen stellen.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass damit allfällige Defizite der betroffenen Schülerinnen und Schüler aufgefangen werden können und ihnen gute Voraussetzungen für die Wahl ihres zukünftigen Bildungs- und Berufszieles geschaffen werden.

Aufgrund der Erläuterungen und der Faktenlage beantragt der Regierungsrat, das Postulat abzulehnen.